

 JENSEITS ALTER SCHUBLADEN

Frauke Petry im Interview: „Am Ende wird selbst die CDU um ihre Existenz bangen müssen“

Geprägt von DDR-Enge und westdeutschem Aufbruch, betritt Frauke Petry mit „Team Freiheit“ wieder die politische Bühne. Ein Gespräch über staatliche Kontrolle, Aufbruch und Eigenverantwortung.



Sophie-Marie Schulz

30.11.2025

🔄 01.12.2025, 06:30 Uhr



Frauke Petry: „Ich erinnere mich, dass ich das letzte Mal mit zwölf Jahren Langeweile hatte.“

Markus Wächter/Berliner Zeitung

Es gibt Menschen, die vom Leben in die Bewegung getrieben werden. Bei Frauke Petry beginnt das früh. In der DDR lernt sie, dass die Welt aus zwei Zonen besteht: der geschützten Küche und der kontrollierten Öffentlichkeit. Am ersten Schultag sitzt Petry in einem Klassenraum, vor sich ein Formular für die Pionierorganisation. Ihre Eltern lehnen es ab. Für das junge Mädchen ist es nur ein Blatt Papier. Für die erwachsene Petry bleibt dieser Moment ein frühes Beispiel dafür, wie subtil ein System Erwartungen formt, und was es bedeutet, ihnen nicht zu entsprechen.

Vielleicht stammt ihre Unruhe von dort, aus dem frühen Wissen, dass Freiheit kein Zustand ist, sondern ein Dauerkampf. „Langeweile hatte ich zuletzt mit zwölf“, sagt sie im Interview mit der Berliner Zeitung. Seitdem ist Stillstand nur noch eine Erinnerung. Familie, Unternehmertum, Politik: Petry gestaltet, beendet, erfindet neu und startet nun mit „Team

Freiheit“ den nächsten Versuch, ein Land zu verändern, das sie zugleich geprägt und enttäuscht hat.

Im Interview spricht sie über diese Ambivalenz: über Herkunft und Aufbruch, über Überwachung und Vertrauen, Wirtschaft und Mut und darüber, warum sie glaubt, dass Deutschland sich neu erfinden muss.



AfD scheitert vor Gericht: Thüringen darf Extremisten von juristischer Ausbildung ausschließen

26.11.2025



Rentenpaket unter Beschuss: So steht Merz zur Vertrauensfrage

Politik 25.11.2025



Frau Petry, Ihr Lebenslauf liest sich, als führten Sie mehrere Leben gleichzeitig. Sie sind Chemikerin, Unternehmerin, Mutter, Politikerin. Gab es Momente, in denen Sie dachten: Vielleicht wäre das ruhigere Leben im Labor die klügere Wahl gewesen?

Noch nie! Ich erinnere mich, dass ich das letzte Mal mit zwölf Jahren Langeweile hatte – meine Freundin konnte damals nicht zum Spielen kommen. Aber ich glaube, ich brauche dieses Vielschichtige, dieses Chaos. Wobei, Chaos vielleicht nicht unbedingt, eher Bewegung, Abwechslung, das Ineinandergreifen verschiedener Ebenen. Ich war nie der typische Wissenschaftler, der tagelang im Labor verschwunden ist. Mich hat immer fasziniert, Dinge zu vernetzen und Zusammenhänge zu erkennen.

Haben Ihre Eltern diesen Entdeckergeist gefördert oder war das eher Ihr eigener Antrieb, Neues auszuprobieren?

Mein Vater hat mit mir Fahrräder repariert und mir beigebracht, Fische auszunehmen. Meine Mutter hatte ein Auge auf die Schule und war für die musikalische Ausbildung zuständig.

Das heißt?

Ich habe mit fünf Jahren angefangen, Klavier zu spielen. Später kamen Gesang, Flöte und Gitarre dazu. Nach unserer Ausreise, mein Vater ist bereits am 1. März 1989 geflohen, war ich alt genug, mir vieles selbst zu organisieren, und bis heute ist die Musik mein Gegenpol

zur Hektik. Wenn ich zu Hause bin, setze ich mich ans Klavier – das steht mitten im Wohnzimmer anstelle eines Fernsehers. Dabei werde ich innerlich ganz ruhig.

Haben Ihre Kinder auch diesen Bewegungs- und Erlebnisdrang, oder sind sie vom Wesen her ruhiger?

Alle sechs sind ganz unterschiedlich. Mein jüngster Sohn zeichnet stundenlang, ganze Stapel voll. Das konnte ich nie, und ich finde es faszinierend, wie sehr er dabei bei sich ist. Jeder von ihnen hat seine eigene innere Oase.



Markus Wächter/Berliner Zeitung

ZUR PERSON

Frauke Petry ist Mitgründerin der AfD und war von 2015 bis 2017 Bundessprecherin der Partei. Nach ihrem Austritt aus der Partei gründete sie die Blaue Partei, die sie 2019 wieder auflöste.

Die promovierte Chemikerin und sechsfache Mutter lebt in Leipzig und hat Anfang 2024 die politische Initiative „Team Freiheit“ gestartet.

Ihr Ziel: ein wirtschaftsliberales, staatskritisches Gegengewicht zu den etablierten Parteien.

Sie sind 1975 in Dresden geboren und 1989, kurz vor der Wende, mit Ihrer Familie nach Nordrhein-Westfalen übergesiedelt. Wenn Sie an diese Jahre zurückdenken: Was hat Sie stärker geprägt, das Gefühl des Mangels oder das des Aufbruchs?

Meine Eltern haben das Mangelgefühl nie abgelegt, das Vorsorgen, Bevorraten und die Angst, etwas könne fehlen. Ich bin eher der Wegwerftyp, wahrscheinlich auch, weil die Familie groß ist und ständig irgendetwas herumliegt. Ich habe Kinder, die alles sammeln – Steine, Stöcke, Papier –, da muss einer aufräumen.

Ich selbst habe vor allem den Aufbruch erlebt. Mit fünfzehn kam ich in den Westen, plötzlich

standen alle Türen offen. Ich durfte in England studieren, bekam Nachhilfe, wo nötig. Diese Freiheit, diese Lust am Lernen, das war für mich das große Geschenk der Bundesrepublik.

Das Gefühl des Aufbruchs hat somit überwogen?

Absolut. Ich habe mich immer zu den Gewinnern dieser Zeit gezählt. Es lag an mir, was ich daraus machte. Für meine Mutter war es anders – sie war in meinem heutigen Alter, als wir ausgereist sind, und hat unter der Stasi-Repression sehr gelitten, nachdem mein Vater geflohen war. Man hat versucht, sie zur Scheidung zu zwingen, all die kleinen, perfiden Spielchen gespielt, mit denen das diktatorische System Menschen brechen wollte. Für sie war dieser Aufbruch eine Zumutung, für mich war er eine Befreiung.

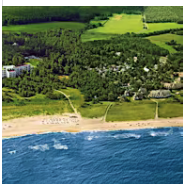
Und Ihr Vater?

Mein Vater sagte oft: „Du wirst den Kölner Dom sehen – wir vielleicht nicht mehr.“ Ich musste jedes Mal weinen. Er behielt recht. Ich habe ihn gesehen. Er auch, doch nur für einen Moment. Drei Monate nach seinem Renteneintritt ist er gestorben. Er hatte es geschafft, aber nie genießen können.



Willkommen in der Weimerer Republik

Politik 25.11.2025



Zuwanderer retten die Gastronomie: Wie zwei Ostsee-Spitzenhotels ihre Zukunft sichern

Wirtschaft 25.11.2025



Sie waren in Ihrer Klasse eines von nur zwei Kindern, die in die Kirche gegangen sind. Haben Sie damals schon gespürt, was es heißt, gegen den Strom zu schwimmen, und ging damit auch eine gewisse Stigmatisierung einher?

Natürlich, und das ging eigentlich schon am ersten Schultag los. Nicht, weil jemand böse gewesen wäre, aber ich erinnere mich sehr genau an einen Moment: Nach der Einschulungsfeier saßen wir zum ersten Mal in unserem Klassenraum, und auf jedem Tisch lag der Antrag für die Mitgliedschaft in der Pionierorganisation. Ich nahm das Formular mit nach Hause, weil es ja die Eltern ausfüllen mussten, und sie reagierten sehr ablehnend. Ich verstand das damals zwar nicht, spürte aber sofort, dass das Thema Pionierorganisation ein heikles Thema war.

Haben Ihre Eltern irgendwann mit Ihnen darüber gesprochen?

Ja, zu Hause haben wir sehr offen gesprochen, und ich wusste, wie ich mich in der Schule verhalten muss. Es gab zwei Sphären – die offene, ehrliche Welt zu Hause und die öffentliche, in der bestimmte Wörter nicht existierten.

Zum Beispiel?

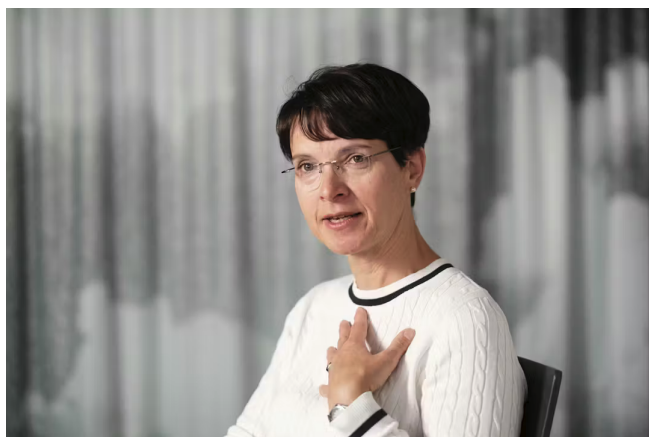
Das Wort „Deutschland“ durfte man nicht sagen, es hieß DDR und BRD. Und Lehrer prüften subtil schon mal, welche Abendnachrichten man schaute. Mir wurde früh klar, wie sehr Sprache zur Indoktrination gehört. Dass es in Deutschland irgendwann wieder Wörter geben wird, die man besser nicht sagt, hätte ich damals nicht für möglich gehalten.

Welche Wörter meinen Sie?

Die, die heute aus Büchern getilgt werden. „Neger“, „Zigeuner“ – Wörter, die heute aus moralischer Überhitzung verschwinden. Aber Sie hatten ja eigentlich nach der Kirche gefragt und wie sich das damals angefühlt hat, „anders“ zu sein.

Erzählen Sie.

Ich ging damals zusammen mit einem Jungen aus meiner Klasse in die Christenlehre, denn Religionsunterricht gab es in der DDR nicht. Damit waren wir als systemkritisch markiert. Niemand sprach das offen aus, aber jeder wusste es. Später, nach der Wende, haben meine Eltern in ihren Stasiakten gelesen, dass sie von 26 inoffiziellen Mitarbeitern bespitzelt worden waren, bis tief hinein in den engsten Freundeskreis und die Kirchengemeinde.



Frauke Petry: „Man kann Menschen leider dazu erziehen, einander zu überwachen.“
Markus Wächter/Berliner Zeitung

Belastet Sie die Erinnerung daran, von vermeintlichen Freunden bespitzelt worden zu sein, heute noch?

Mich persönlich nicht, nein. Ich war in den Neunzigern gerade volljährig, als meine Eltern ihre Akten erhielten. Die beiden hat das allerdings schwer getroffen. Ich hatte den Eindruck, sie fühlten sich noch Jahre danach verfolgt. Ich selbst war jung genug, um das eher zu beobachten als zu fühlen. Aber ich habe damals beschlossen: Ich gehe nicht zurück in den Osten. Zumindest nicht in die Nähe dieser Menschen. Dieser Typ Mensch hat mich zutiefst abgestoßen.

Dieses Bespitzeln, das die DDR so unerträglich machte, ist für mich aber kein ausschließlich ostdeutsches Phänomen. Es ist leider menschlich. Wenn ein Staat die falschen Anreize setzt, passiert es überall. Mal ist es die Stasi, dann sind es „Trusted Flagger“ oder Programme wie „Hessen gegen Hetze“. Man kann Menschen leider dazu erziehen, einander zu überwachen.

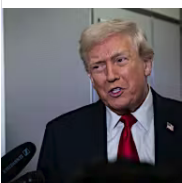
Dieses Bedürfnis, andere zu kontrollieren, hat viel mit Misstrauen, aber auch mit Missgunst zutun. Welche Rolle spielt die alte Todsünde Neid im Selbstverständnis unserer Gesellschaft?

Eine große. Neid ist in Deutschland stärker verwurzelt als etwa in den USA. Das ist aber kein Naturgesetz, sondern eine Prägung, die sich ändern lässt. Wenn der Staat sich zurücknimmt, entsteht wieder Raum für Eigeninitiative. Dann werden Menschen den Mut finden, Dinge einfach zu tun. Manche werden scheitern, andere Erfolg haben. So funktioniert das Leben. So entsteht Fortschritt.

Diese Haltung, Verantwortung statt Neid, prägt auch Ihre wirtschaftspolitische Sicht. Sie sind ursprünglich wegen der Euro-Rettungspolitik in die Politik gegangen. Heute spielt dieses Thema in der Öffentlichkeit kaum noch eine Rolle. Warum?

Es wird wiederkommen, das ist nur eine Frage der Zeit. Das Thema war nie weg, es hat sich nur überlagert. Schon 2015 hat die Migrationskrise den Euro verdrängt, aber die eigentlichen Probleme sind geblieben. Solange Menschen Geld abheben können, spüren sie die Krise nicht. Doch mit dem digitalen Euro, auf den wir gerade zusteuern, wird das Thema real werden und politisch explosiv.

Für mich war die Eurofrage aber nie der einzige Grund, in die Politik zu gehen. Schon 2013 habe ich mit Bernd Lucke am Küchentisch über das erste Parteiprogramm gesprochen und gemerkt: Es geht um mehr. Die Eurokrise war nur ein Symptom einer tieferliegenden Krise.



+ **Trump: Sondergesandter Witkoff soll kommende Woche Putin in Moskau treffen**



Interview mit Gabriele Krone-Schmalz: „Positionen von Deutschland und EU sind in Russland unerheblich“

Geopolitik 25.11.2025



Die Krisen im Land sind in den letzten Jahren nicht kleiner geworden, ganz im Gegenteil. Warum schaffen es die etablierten Parteien nicht, die Probleme zu lösen?

Politiker sind keine schlechteren Menschen, aber sie leben in einer Blase der Selbstbestätigung. Der Staatsapparat versteht sich zunehmend als Selbstzweck. Dabei sollte er dienen, nicht herrschen und vorgeben, wie wir zu leben haben. Die alte Bonner Republik war stark, weil sie auf Leistung setzte. Dieses Prinzip ist verloren gegangen und mit ihm das Vertrauen in die Politik.

Wenn der Staat sich zurückziehen soll, wer übernimmt dann die Verantwortung?

Vieles kann der Bürger selbst regeln. Der Staat sollte sich auf das Wesentliche konzentrieren: innere und äußere Sicherheit, funktionierende Gerichte, Rechtsstaat. Alles andere macht er meist schlimmer. Ich bin überzeugt: Weniger Staat, mehr Eigenverantwortung – das ist der richtige Weg.

Wer Eigenverantwortung fordert, muss sie auch leben. Galt das für Sie, als Sie die AfD im September 2017 verlassen haben, und war das rückblickend ein Befreiungsakt?

Ich bin aus Überzeugung eingetreten, nicht aus Kalkül. Ich wollte nie Politikerin werden, im Gegenteil. Mein Großvater hat mir immer geraten: Mädchen, tritt nie in eine Partei ein! Aber 2013 lag Aufbruch in der Luft. Eine kleine Gruppe glaubte, wirklich etwas verändern zu können. Ich dachte, das ist der richtige Moment.

Was ich dann erlebt habe, war ernüchternd. Ich habe gemerkt, dass die meisten Politiker, egal in welcher Partei, keine übermenschlichen Figuren sind. Es ist wie bei Jim Knopf: Der Scheinriese wird kleiner, je näher man ihm kommt. Viele Politiker in Berlin haben weniger Lebenserfahrung als die Bürger, die sie vertreten. Das hat mich geprägt und darin bestärkt, Klartext zu reden.

Stichwort Klartext: Was passiert mit diesem Land, wenn die AfD an die Macht kommt?

Wenn keine neuen politischen Kräfte entstehen, wird die AfD in manchen ostdeutschen Ländern Mehrheiten gewinnen und vielleicht ihren ersten Ministerpräsidenten stellen. Dann wird man sehen, dass nicht das passiert, was viele befürchten. Es werden keine SA-Trupps durch die Straßen marschieren und es wird auch keine Diktatur ausgerufen. Viele Bürger

werden feststellen: So schlimm ist es nicht. Und genau das könnte der Partei im Westen zusätzlichen Auftrieb geben. Am Ende wird selbst die CDU um ihre Existenz bangen müssen.

Und was passiert mit diesem Land, wenn die AfD nicht regieren wird?

Dann wird die Partei in Umfragen weiter wachsen. Wer sie ausgrenzt, stärkt sie. Wenn die Krisen ungelöst bleiben – Energie, Migration, Schulden –, droht das Gefüge dieses Landes auseinanderzubrechen. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Industrie verliert ihre Basis, der Mittelstand bricht ein – wenn Menschen Angst haben, dass ihr Geld nicht mehr reicht, radikalisiert sie sich. Das wissen alle, aber niemand handelt. Es fehlt nicht an Erkenntnis, es fehlt an Mut, die Lösungen anzupacken.

Das klingt so, als hielten Sie die AfD trotzdem nicht für die Lösung.

Ich traue auch der AfD die nötigen Reformen nicht zu. Sie erkennt manche Probleme, aber in anderen Fragen, etwa beim Sozialstaat, fehlt jede ökonomische Vernunft. Was Deutschland jetzt bräuchte, sind durchdachte, aber radikale Reformen nach dem Prinzip Kettensäge.



Frauke Petry: „Keiner, der illegal einreist, darf daraus Rechte ableiten. Andere Länder zeigen, dass das funktioniert.“

Markus Wächter/Berliner Zeitung

Sie haben eben gesagt, Migration sei eines der größten ungelösten Probleme in diesem Land. Die AfD setzt auf das Konzept der „Remigration“. Wie stehen Sie zu dieser Idee?

Sich am Begriff abzuarbeiten, halte ich für oberflächlich. Ob man es Abschiebung oder Remigration nennt, spielt keine Rolle. Entscheidend ist, dass wir uns der Ursache des Problems widmen. Deutschland hat selbst die Anreize geschaffen, die Migration fördern. Solange diese Anreize – beispielsweise das Sozialsystem und die Rechtslage – bestehen, wird sich nichts ändern. Wer hierherkommt, der bleibt. Selbst ohne Aufenthaltsrecht. Ein Staat, der seine Grenzen nicht schützt, hört auf zu existieren.

Was müsste sich ändern?

Alle falschen Anreize müssen weg. Keine Einwanderung mehr in die Sozialsysteme, ein Asylrecht ohne individuellen Anspruch, konsequenter Grenzschutz. Keiner, der illegal einreist, darf daraus Rechte ableiten. Andere Länder zeigen, dass das funktioniert. Etwa Osteuropa oder Skandinavien. Deutschland ist hier der größte Hemmschuh.

Warum fällt es Deutschland beziehungsweise der Bundesregierung so schwer, in der Migrationspolitik zu handeln, statt nur zu reagieren?

Weil das Thema politisch tabuisiert ist. Migration ist vor allem im linken Spektrum eine heilige Kuh. Gleichzeitig hoffen SPD, Grüne und Linke, über Einbürgerungen neue Wähler zu gewinnen. Ein Irrtum, wie ich glaube. Viele integrierte Migranten wenden sich längst ab, weil sie sehen, dass Deutschland nicht mehr das freiheitliche Land ist, in das sie einst kamen.

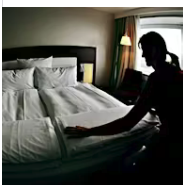
Hinzu kommt etwas Grundsätzliches: In der Politik ist es tödlich, Fehler einzugestehen. Gesichtsverlust wiegt schwerer als Verantwortung. Wer sagt „Ich habe mich geirrt“, ist raus. In der Wirtschaft gehört Scheitern zum Lernen, in der Politik gilt es als Makel. Diese Kultur lähmt uns und verhindert echte Korrekturen.

Wenn wir schon bei der Wirtschaft sind und eine Unternehmerin am Tisch sitzt: Wieso werden Unternehmer in Deutschland vor allem gehasst und beneidet?

Weil uns eine echte Unternehmerkultur fehlt. Sie ist uns verloren gegangen. In der Politik sitzen kaum Menschen, die jemals ein eigenes Unternehmen geführt haben. Wer nie Verantwortung für Mitarbeiter und Risiko getragen hat, kann Wirtschaft schwerlich verstehen, geschweige denn schätzen. Wir brauchen wieder Politiker mit unternehmerischer Erfahrung. Dann wird sich auch die Haltung zur Leistung ändern.

Kann man in Deutschland heute überhaupt noch erfolgreich gründen?

Es ist sehr schwer, aber nicht unmöglich. Der Staat greift an zu vielen Stellen mit Steuern, Abgaben, Regulierungen ein. Wer das ändert und Bürokratie abbaut, kann den Unternehmergeist schnell wiederbeleben. Gesetze sind menschengemacht. Man kann sie ändern, wenn man es wirklich will.



Obduktionsbericht: Deutsche Familie starb in Istanbul an Vergiftung mit Bettwanzenmittel

Ausland 25.11.2025





+ Senkung der Luftverkehrssteuer: Easyjet dämpft Erwartungen an günstige Preise am BER

Berlin 25.11.2025



Und was, glauben Sie, muss Deutschland aufgeben, um zu bestehen?

Seinen moralischen Überlegenheitsanspruch. Dieses Bedürfnis, alles besser machen zu wollen als andere, lähmt uns. Deutschland müsste sich nur auf das besinnen, was es schon einmal stark gemacht hat: Freiheit, Eigenverantwortung, Marktwirtschaft. Nach 1945 hat genau das den Wiederaufstieg ermöglicht. Warum sollte es heute anders sein?

Wie war das mit Ihrem eigenen Neuanfang: 2021 haben Sie sich aus der Öffentlichkeit zurückgezogen, Anfang des Jahres kehrten Sie mit „Team Freiheit“ zurück. Sie sagten einmal: „Öffentlichkeit kann zur Sucht werden.“ Sind Sie süchtig nach Öffentlichkeit?

Nein! Ich werde ständig gefragt, warum ich mir das noch einmal antue. Die Antwort ist einfach: Ich habe sechs Kinder – zusammen mit meinem Mann zehn – und ich frage mich, ob ich ihnen eines Tages raten sollte, dieses Land zu verlassen oder hierzubleiben. Dafür braucht es Menschen, die sagen: Ich weiß, wo es schief läuft, und ich mache es anders. In der Kombination gibt es davon nicht viele. Natürlich hilft es, dass man mich noch erkennt, aber Öffentlichkeit ist für mich kein Selbstzweck. Sie ist ein Werkzeug, um etwas anzustoßen. Ich bin im Garten glücklicher als vor der Kamera, und Make-up ist mir ein Graus.

Wenn Sie mit Ihren Kindern über das Auswandern sprechen, was raten Sie ihnen?

Wir sagen unseren Kindern: Lernt oder studiert etwas, das euch nicht an Deutschland bindet. Deswegen haben wir unserem ältesten Sohn davon abgeraten, Jura zu studieren.

In welches Land würden Sie auswandern?

Wenn man den staatlichen Eingriffen wirklich entkommen will, muss man aus der EU raus. Aber Auswandern löst nicht alle Probleme. Mein Vater floh aus der DDR, meine Großmutter im Winter 1945 mit Kleinkindern aus Schlesien. Man kann durch Auswandern mehr Freiheit gewinnen, aber man verliert die Heimat. Auswandern ist ohnehin nicht für jeden eine Lösung. Genau deshalb versuchen wir mit „Team Freiheit“, das Ruder hier im Land herumzureißen.

Warum haben Sie sich keiner bestehenden Partei angeschlossen? Ist das Eitelkeit, Kontrolle oder der Glaube, dass nur radikaler Neuanfang zählt?

Ich war nie jemand für Konzerne oder Parteiapparate. Wo Strukturen wichtiger sind als Inhalte, stirbt jede Idee. Deshalb habe ich nie in eine Partei gepasst. Apparate engen Menschen ein. Ich schaffe lieber eigene Strukturen, statt bestehende zu verwalten. Nicht aus dem Bedürfnis nach Kontrolle, sondern aus Freude am Gestalten. Zu sehen, wie etwas Neues entsteht, treibt mich an.

Wenn man Ihr Programm liest, erinnert es in Teilen an klassische liberale Ideen. Ist „Team Freiheit“ so etwas wie eine FDP für Ostdeutsche?

Nein, überhaupt nicht. „Team Freiheit“ versteht sich als gesamtdeutsche Bewegung. Dass wir bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg starten, im historischen Kernland des Liberalismus, ist kein Zufall. Doch unser Freiheitsbegriff unterscheidet sich grundlegend vom Verständnis der abgewählten FDP. Für uns bedeutet Liberalismus nicht die Freiheit, die der Staat gewährt, sondern die, die ihm vorausgeht. Die Freiheit, vom Staat in Ruhe gelassen zu werden.

Wo sehen Sie das größere Potenzial: in Ost- oder Westdeutschland?

Tatsächlich im Osten. Dort ist die Wut groß, aber auch die Beweglichkeit der Wähler. Mit dem Erfolg von „Team Freiheit“ in Baden-Württemberg erlangen wir spätestens bundesweite Sichtbarkeit.



Frauke Petry: Solange ich das Gefühl habe, dass ich etwas Sinnvolles tue, mache ich weiter.
Markus Wächter/Berliner Zeitung

Einst war Migration Ihr großes Thema, heute ist es die Wirtschaft, der Markt, die Freiheit. Wo steht Frauke Petry heute politisch?

Ich habe mein politisches Profil geschärft, mich aber nicht grundlegend verändert. Ich war immer Unternehmerin, schon seit meiner Firmengründung 2007. In der AfD-Zeit hat man mir früh ein rechtes Etikett verpasst, und alles, was ich sagte, wurde in diesem Rahmen gedeutet.

Werden Sie irgendwann Schluss machen mit der Politik und wieder Tage erleben, an denen

Sie sich langweiligen?

Ich bin kein Prophet. Udo Jürgens hat mal gesagt, er wolle so sterben, wie er gelebt hat, und ist kurz vor einem Konzert beim Spaziergehen gestorben. Ich glaube, so wünscht man sich das, einfach mitten aus dem Leben gerissen zu werden. Solange ich das Gefühl habe, dass ich etwas Sinnvolles tue, was mich antreibt, mache ich weiter.

Jeder Mensch hat eine Schwäche. Welche haben Sie?

Ich mache zu viel auf einmal. Ich kann schwer nein sagen und neige zum Mikromanagement. Zum Glück habe ich Menschen um mich, die mich bremsen. Meine Kinder, mein Mann, meine Mutter, die mit 85 noch mithilft, und sogar mein Pfarrer. Der schrieb mir neulich: Vergessen Sie nicht – die Welt ist schon gerettet!

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.